

Ressort: Finanzen

Bundeswirtschaftsministerium: Kein Kurswechsel bei Schiedsgerichten

Berlin, 19.05.2016, 15:15 Uhr

GDN - Das Bundeswirtschaftsministerium hat den Vorwurf eines Kurswechsels beim Thema private Schiedsgerichte zurückgewiesen. "Das ist mal wieder eine von inzwischen vielen unbegründeten Aufgeregtheiten in der Diskussion um Handelsabkommen", sagte Wirtschafts-Staatssekretär Matthias Machnig (SPD) der "Welt".

In einem informellen, sogenannten Non-Paper von Anfang April wirbt die Bundesregierung laut eines Berichts der "Zeit" gemeinsam mit Österreich, Finnland, Frankreich und den Niederlanden dafür, bilaterale Investitionsschutzabkommen innerhalb der EU ein Ende zu setzen und ein neues Schutzabkommen für alle EU-Staaten abzuschließen. Damit würden auch die umstrittenen privaten Schiedsgerichte neu geregelt. Kritiker des geplanten EU-Freihandelsabkommens mit den USA (TTIP) hatten das Papier so interpretiert, dass die Bundesregierung die privaten Schiedsverfahren in der EU erhalten wolle, die sie in den TTIP-Verhandlungen eigentlich durch öffentliche Verfahren ersetzen will. Der neue Vorstoß konterkariere daher die bisherige Linie von EU und Bundesregierung. Dies weist Machnig entschieden zurück. "Richtig ist, dass das genannte Papier nichts mit TTIP zu tun hat und gerade das Gegenteil von Forderungen nach privaten Schiedsgerichtsverfahren ist. Es geht vielmehr darum, den Investitionsschutz zu sichern und zu modernisieren, den wir heute schon in Europa haben". Seit 2009 ist die Kommission für dieses Thema zuständig. Deshalb stelle sich die Frage, was mit den vielen bestehenden innereuropäischen Abkommen hierzu künftig geschehen soll, so Machnig. "Hier liegen mehrere Vorschläge auf dem Tisch, zum Beispiel könnte der Europäische Gerichtshof (EgGH) sich künftig um innereuropäischen Schutz von Investitionen kümmern oder ein ständiges Investitionsgericht, das vom EuGH überwacht wird."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-72678/bundeswirtschaftsministerium-kein-kurswechsel-bei-schiedsgerichten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619